Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 2 | Dresden, Dienstag den 3. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Macht- oder Wirtschaftspolitik?

Das ist die Frage, über die die Konferenz in Cannes zu entscheiden hat. Genau wie vor einem Jahre handelt es sich um die Frage der deutschen Reparationen. Und doch, wieviel hat sich seitdem geändert.

Während dieses ganzen Jahres haben die Franzosen zielbewußt ihre Politik fortgesetzt, die eine wirtschaftliche, finanzielle und politische Abhängigkeit Deutschlands erstrebt. Aber wenn es ihnen auch gelungen ist, politisch erhebliche Vorteile über uns zu erringen, so sind sie doch wirtschaftlich weiter als je von ihrem Ziele entfernt.

Blicken wir kurz zurück: In der Konferenz, die am Anfang vorigen Jahres in Paris tagte, gelang es den Franzosen, gegen den Widerstand Englands, uns die ungeheure Reparationslast von 226 Milliarden aufzuladen.

Im März 1921 folgte die Londoner Konferenz. Das Angebot Deutschlands, 50 Milliarden Goldmark zu zahlen, wurde glatt abgelehnt und dafür Deutschland wegen verschiedener „Versäumnisse und Vergehen" eine Reihe von Sanktionen auferlegt: Ein Abgabezoll von 50 Prozent, die militärische Besetzung von Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort, und die Abtrennung des Rheinlandes vom deutschen Wirtschaftsgebiet.

Um die Mitte des Jahres schien eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet, zu erfolgen: Verhandlungen zwischen Loucheur und Rathenau führten zum Abschluß des Wiesbadener Abkommens, das aber bisher von den Franzosen noch nicht unterzeichnet wurde — zum Teil vielleicht durch die Schuld Englands.

Aber das Erreichte, wie die Loslösung des Rheinlandes, genügte den Franzosen noch nicht. Loucheur plante nichts weniger, als die Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Aber die Alliierten lehnten es ab, Frankreich in den Besitz so billiger Kohlen gelangen zu lassen.

Auch in Oberschlesien setzten die Franzosen es durch nachdem die für Deutschland günstige Abstimmung die Auslieferung ganz Oberschlesiens an Polen verhinderte, daß große Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung von Deutschland losgelöst wurden.

Die zweite Konferenz in London sah sich genötigt, die Reparationslast auf fast die Hälfte, nämlich 132 Milliarden, herunterzusetzen. Und heute sieht man sich bereits wieder gezwungen, die Reparationsfragen aufzurollen, weil die phantastischen Zahlen vor der nüchternen Wirklichkeit nicht bestehen können.

Im Osten ist es den Franzosen gelungen, im Laufe des vergangenen Jahres in den verschiedenen Randstaaten einen außerordentlich starken Einfluß zu erlangen, so daß sie von Finnland über Litauen, Polen, Tschecho-Slowakei bis Rumänien einen lückenlosen Wall zwischen Deutschland und Rußland aufrichten konnten. Dieser Wall ist angeblich gegen Rußland, in Wirklichkeit gegen Deutschland gerichtet. Frankreich hat keinen Augenblick gezögert, sich Rußland zu nähern in dem Augenblick, als die russische Sowjetregierung versprach, die Vorkriegsschulden zu bezahlen. Ja, man hat es offen ausgesprochen, daß Frankreich im Osten genau so selbständig vorgehen wird, wie es das im nahen Orient getan hat.

Daß Frankreich mit dieser Politik im nahen und fernen Osten und mit seinem Ziel, die Herrschaft über den europäischen Kontinent zu erringen, auf den schärfsten Widerstand Englands stößt, stört die Franzosen bisher sehr wenig. Wie stark dieser Gegensatz bereits wurde, ist bei den Verhandlungen in Washington offen zutage getreten. Das Verhalten Frankreichs in Washington, das nicht nur die schärfste Kritik Englands und Italiens hervorrief, sondern Frankreich auch in einen Gegensatz zu Amerika brachte, ist aber nur zu erklären als Vorarbeit für die Konferenz von Cannes. Das Gleiche gilt für die letzten Reden Briands, in denen er mit neuen Sanktionen drohte.

Die Franzosen wissen ganz genau, daß sie in Cannes so gut wie isoliert dastehen werden, und ihre unverschämten Forderungen in Washington usw. haben nur den Zweck, gewissermaßen als Ausgleich zu dienen, als Tauschobjekte, durch deren Besitz sie ihre Stellung in Cannes stärken wollen.

Neben England dürfte in erster Linie Italien den Franzosen in Cannes entgegentreten. Italien ist sich klar, daß es England und Frankreich gegenüber bereits im Nachteil ist: Frankreich hat mit Deutschland das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen, und daß die Londoner Verhandlungen mit Stinnes und Rathenau nicht ergebnislos verlaufen sind, davon ist man ebenfalls überzeugt. Die bisherige Untätigkeit der italienischen Außenpolitik gegen Deutschland rächt sich bereits. Hat man doch noch nicht einmal die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums gelöst. Aber diese ungünstige Lage Italiens erfordert nur um so größere Tätigkeit und Umsicht seiner Vertreter in Cannes.

Bereits bei den Verhandlungen mit Rußland hat der italienische Außenminister erklärt, daß das Interesse Italiens eine wirtschaftlich orientierte Außenpolitik verlangt. Eben so klar hat man erkannt, daß die Sforza-„Lösung" der oberschlesischen Frage einen wirtschaftlichen Schlag für Italien bedeutet hat. So ist es kein Wunder, daß die italienische öffentliche Meinung die Fortsetzung jener „Politik von Versailles" ablehnt, die rein militärisch-machtpolitisch eingestellt ist. Und die italienische nationalistische Presse erklärt offen, daß das italienische Interesse in Cannes auf seiten Englands siege.

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Aussichten für Cannes, darf man aber keineswegs erwarten, daß man dort in großzügiger Weise an die Lösung der verschiedenen Probleme herangehen wird, die den Wiederaufbau Europas herbeiführen sollen. Ja, es ist geradezu ekelerregend, wenn man sieht, in welch kleinlicher Weise die einzelnen Länder um ihre Rechte und Vorrechte schachern und feilschen. Neben den Franzosen tun sich hier die Belgier besonders hervor, die mit ihrer gegenwärtigen wenig entgegenkommenden Haltung anscheinend den Zweck verfolgen, neue Zugeständnisse von Deutschland zu erzielen, in der Angelegenheit des deutsch-belgischen Markabkommens. Und nichts spricht mehr gegen die Unmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, als diese Einsichtslosigkeit ihrer führenden Politiker, die weder aus dem Zusammenbruch, noch aus der immerwährenden Wirtschaftskrise etwas gelernt haben.

Und doch wird man in Cannes zu einer vernünftigen Einigung kommen müssen. Das dürfte besonders notwendig sein im Hinblick auf die etwaige Hilfe der Amerikaner, die, wie der Bankpräsident Vanderlip offen darauf hinwies, daß Amerika keinem einzelnen europäischen Staat, sondern nur Europa in seiner Gesamtheit helfen werde, weil nur die europäische Gemeinschaft geeignete Kreditunterlagen biete.

•

Rathenau geht nach Cannes

Berlin, 3. Januar. Wie der Berl. Lok.-Anz. aus guter Quelle meldet, gedenkt Dr. Rathenau am heutigen Dienstag nach Cannes zu reisen.

Die Marxsche Soziologie

Mit dem vor kurzem erschienen zweiten Bande seines Werkes: „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Grundzüge der Marxschen Soziologie"* hat Genosse Heinrich Cunow seine Darstellung seines Stoffes beendigt und es läßt sich nun die Bedeutung des gesamten Werkes überblicken. Sie erscheint uns sehr groß. Selbstverständlich läßt sich in Kürze nicht Inhalt und Bedeutung des Werkes ausschöpfen, auch die von uns bereits veröffentlichten Aufsätze konnten nur immer einen Bruchteil des in ihm Gebotenen erwähnen. Langes und eingehendes Studium wird man an den reichen Schatz wenden müssen. Nachdem im ersten Band die herrschenden Geschichts- und Staatsauffassungen vom Altertum an bis zur Hegelschen und Marxschen dargestellt und — einschließlich der letzteren — auch kritisiert worden sind (denn Marx wie Engels sind in der Auffassung des Staats einigermaßen widerspruchsvoll und nicht ganz frei von anarchistischen Anklängen), bringt der zweite Band die positive Darstellung der Marxschen Soziologie mit den Korrekturen, die die neueren politisch-gesellschaftlichen Erfahrungen an ihr nötig machten.

Schon seit frühester Zeit ihrer Aufstellung aus Halb- oder Mißverständnis in der mannichfaltigsten Weise ausgelegt, ist der Marxismus seit Engels Tod in eine Krise geraten. Die verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie der ganzen Welt beriefen sich auf ihn und dokterten im Interesse ihrer speziellen Anschauungen an ihm herum, so daß er endlich in allen Farben schillerte — in Deutschland nicht am wenigsten bunt. Als im Verlaufe des Weltkrieges hier allerhand — auch noch von Marx und Engels genährte — Illusionen zusammenbrachen, die dann eine Spaltung der Richtungen in besondere Parteien bewirkten, die sich alle auf Marx beriefen und sich gegenseitig der Ketzerei beschuldigten, überwucherte ganz besonders der utopische Agitatorenmarxismus, der, sich meist auf ältere Texte berufend, nichts weniger als mit Marx' späteren geklärten Anschauungen und seinen letzten Grundsätzen übereinstimmt.

Das hat großenteils seine Ursache darin, daß Marx wie Engels kein zusammenhängendes System ihrer sozialphilosophischen Gedanken, auf denen ihre sozialpolitischen Ausführungen beruhen, aufgestellt haben; diese Gedanken müssen vielmehr aus verschiedenen Schriften herausgesucht werden. Nicht jeder hat immer alle zur Hand oder im Kopfe, außerdem stimmen die Anschauungen verschiedener Zeiten, wie bereits angedeutet, nicht immer ganz überein. Selbst der langjährige und wohlbelesene Ausleger Kautsky hat sich an keine Zusammenstellung der gesamten Marxschen Theorie gewagt, sondern hat sich mit Teilbehandlungen begnügt. Mit seinen freundlichen Vorworten von Werken verschiedenster Auffassung hat er den Wirrwarr eher noch vermehrt.

Diesem gegenüber stellt Cunow im zweiten Bande sich die Aufgabe, nicht nur aus den gelegentlichen und verstreuten Marxschen Ausführungen über Wirtschaft, Gesellschaft, Klassengliederung, Klassenkampf, Staat usw. eine Marxsche Soziologie aufzubauen, sondern diese auch in wesentlichen Punkten zu erweitern und zu vertiefen. Er bricht damit den jahrzehntelang geflissentlich genährten und von Zentral- und Lokalblättern ausgeführten Bann, daß über Marx (und Engels) nicht mehr hinauszugehen, an sie keine Kritik anzulegen sei. In den ersten Kapiteln, die Nation, Gesellschaft und Staat behandeln, ist die Hervorhebung der (späteren) Marxschen Unterscheidung grundsätzlich wichtig, wonach Gebilde wie Nation, Volk, Kirche, Klasse, Familie, Staat usw. keine „Gesellschaften", sondern Gemeinschaften innerhalb der Gesellschaft sind, woraus sich dann allerhand Konsequenzen über die Klassenkampftheorie (2. Kapitel) und die vorstaatlichen Entwicklungsstufen des Gesellschafts- und Gemeinschaftslebens (3. Kapitel) ergeben. Der Staat (dessen erste Gründung, im Gegensatz zu Engels merkwürdiger Friedlichkeitstheorie, auf Gewalt und Eroberung zurückgeführt wird), in seinen sozialen Funktionen tiefgründig erfaßt, erscheint nicht mehr als bloßer, der Vernichtung zu weihender Klassenstaat und als Herrschaftsinstrument zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen, sondern als ein sehr wesentlicher und für das Wohl aller zu benutzender Entwicklungsfaktor.

Klar stellt sich in Kapitel 4 und 5, die den Entwicklungsprozeß der Familie und die Wirtschaftsweise als Lebensfunktion der Gesellschaft behandeln, heraus, daß Marx nicht nur eine sich nur an den Fortschritten der Technik anklammernde sogenannte technologische, sondern eine wirklich „ökonomische Geschichtsauffassung" begründet hat, weshalb auch, wie schon Frühere vorschlugen, diese Bezeichnung als die bessere und weniger mißzuverstehende zu brauchen ist. Der Anschluß Engels an Morgan, der als geschichtsgestaltenden Faktor die Produktion von Menschen der Produktion von Sachen gleichstellt und den historischen Verlauf von Geschlechts- und Familienformen zum Teil bestimmen läßt, erweist Cunow als einen Irrweg; hiermit durchbricht Engels selbst völlig die Einheitlichkeit der ökonomischen Geschichtsauffassung.

Das 6., 7. und 8. Kapitel befassen sich mit der Marxschen Geschichtstheorie im einzelnen, mit ihrer Kritik und der Kritik ihrer Umdeuter. Abgewiesen und widerlegt wird in ihnen die ganz einseitige Auffassung des Geschichtsmaterialismus, wonach er alle Vorkommnisse in der Menschenwelt und alle Gedanken und Taten des einzelnen, ohne jeden Umweg direkt aus den gerade herrschenden oder vorliegenden ökonomischen Zuständen und ohne jede Hirnarbeit, fatalistisch-mechanisch erklären wolle und könne — und die natürlich leicht zu bestreiten ist.

* Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis des zweiten Bandes (352 Seiten Großoktav) 55 M., des Gesamtwerkes 100 M. (Der erste Band hat 346 Seiten.) — Die Ausstattung des Werkes ist stark zu bemängeln. Das dünne Papier entspricht nicht der zu wünschenden Häufigkeit der Benutzung und demnach die Stärke der Bände nicht ihrem inneren Wert. Man vergleiche damit Davids neues Buch. Der Einband ist einfach, aber geschmacklos; das helle, leichtschmutzende Rückenleinen macht auch nicht den Eindruck großer Haltbarkeit. Bei der Neuauflage muß das Register der beiden Bände vereinigt werden.

Ungarisch-Oedenburg

Budapest, 2. Januar. Am Neujahrstage erfolgte die feierliche Uebernahme Oedenburgs durch Ungarn. Vor der Uebergabe hatte die Generalkommission an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in dem sie ihr für die Gastfreundschaft und tadellose Haltung ihren Dank ausdrückte. In sämtlichen Kirchen wurden Festgottesdienste abgehalten. Anläßlich der Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls betonte der ungarische Bevollmächtigte General Guillaume, Ungarn wolle mit allen Nachbarn in gutem Einvernehmen leben und alles aufbieten, damit das soeben besiegelte Friedenswerk mit Oesterreich auch von Dauer sei. Kein einziger Staatsbürger werde wegen seines Verhaltens bei der Volksabstimmung auch nur den geringsten Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden. Bürgermeister Turner führte sodann vor der versammelten Bevölkerung u. a. aus: Kein einziger ehrlich denkender Deutscher kann es uns verübeln, daß wir dem ungarischen Vaterland die Treue bewahren. Wir haben anläßlich der Abstimmung gehandelt, wie es ehrlichen Leuten geziemt. Die Feierlichkeit wurde mit Musikaufführungen, Fackelzügen und einer Festvorstellung im Stadttheater abgeschlossen.

•

Damit ist also wieder eine der Nachkriegskomödien — wenigstens vorläufig — zu Ende. Gesiegt hat nicht das Recht, sondern die Macht, nicht die Demokratie, sondern der Terror. Ungarn kann diesen Neujahrstag als Siegestag in seiner Geschichte buchen. Hat es doch nicht bloß dem ohnmächtigen Oesterreich, sondern auch der Entente gegenüber seinen Willen durchgesetzt und den Vertrag von Trianon umgestoßen, der die Uebergabe ganz Westungarns — ohne jede sogenannte Volksabstimmung — an Oesterreich dekretierte.

Der Zerfall der K. P. D.

Der gemaßregelte Führer der K. P. D. Ernst Friesland hat zu seiner Rechtfertigung einen Privatdruck: Zur Krise der Partei erscheinen lassen, aus dem der Vorwärts einen Auszug veröffentlicht. Friesland erklärt in der Schrift, daß durch die Enthüllungen des Vorwärts die Ueberzeugung bei der gesamten Mitgliedschaft, die Andeutungen Levis in seiner Broschüre seien lügenhafte Erfindungen, aufs schärfste erschüttert wurde. Die Schrift schließt mit einem von Braß, Friesland und Maltzan unterzeichneten Aufrufe, in dem erklärt wird, daß die Politik der Zentrale die Partei in eine schwere Krisis stürze, an deren Ende der Zerfall stehe. Der Aufruf verlangt, daß die Diktaturmethoden der Zentrale und die Ausschaltung der Demokratie beseitigt würden. Die Krisis der K. P. D. sei der Bankrott des Gedankens, die Arbeiterpartei mit diktatorischen Mitteln leiten zu wollen.

Auswanderungsverbot

London, 2. Januar. Eine Meldung aus Cork besagt: Die Sinnfeiner-Regierung veröffentlichte ein Dekret, wodurch die Auswanderung nach Amerika verboten wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220103/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG